

PERSPEKTIVEN GESUCHT

Wenn die Freiheit der Lehre gefährdet ist, muss Europa handeln.

Ein Plädoyer für eine „Europäische Exil-Universität“.

GASTBEITRAG: FELIX ACKERMANN

Die Central European University (CEU) wird vor unseren Augen aus Budapest ins Exil getrieben. Von September 2019 an muss sie neue Studierende in Wien immatrikulieren. Die Fidesz-Partei des dafür verantwortlichen ungarischen Präsidenten Viktor Orbán ist in Straßburg zugleich Fraktionsmitglied der Europäischen Volkspartei (EVP). Deren langjähriger Fraktionsvorsitzender Manfred Weber (CSU) hatte noch 2017 betont: „Die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Meinungsfreiheit sind zentral für unsere europäische Identität. Die EVP wird jeden erdenklichen Preis für ihre Verteidigung zahlen.“ Doch jetzt, da die CEU Anfang Dezember in Budapest ihre Kapitulation bekannt geben musste, ließ sich Weber mit den Stimmen von Orbáns Fidesz-Partei als Kandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bestätigen.

Es ist an allen Akademikerinnen und Akademikern in Europa, nicht darauf zu warten, bis die Spielarten von Putins, Erdogans und Orbáns Wissenschaftsverständnis in weitere Länder diffundieren und dann auch ihre eigene Arbeit bedrohen. Auch Deutschland ist mit Gesellschaften eng verbunden, in denen die Freiheit von Lehre und Forschung eingeschränkt ist. Die betroffenen Wissenschaftler sind gezwungen, sich selbst auf die Suche nach einer neuen Perspektive zu machen.

Ihre Ankunft im Exil wirft die Frage auf: Wie halten wir es mit der europäischen Solidarität 2019? Es genügt nicht, Aufrufe zu verfassen und Petitionen zu unterzeichnen. Fakultäten können gezielt Gastwissenschaftler aufnehmen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst ermöglicht, etwa türki-

sche, belarussische oder ukrainische Kollegen temporär einzuladen. Die Philipp-Schwartz-Initiative der Alexander-von-Humboldt-Stiftung zeigt, wie Fördereinrichtungen umgehend auf die politische Verfolgung von Wissenschaftlern durch autoritäre Regime reagieren können.

Diese wichtigen Formen der Unterstützung verbindet, dass sie nur für ein paar Semester eine Perspektive bieten und zudem die langfristige Kooperation mit ebenfalls betroffenen Studierenden außen vor bleibt. Abhilfe schaffen könnte die Zusammenführung bestehender Initiativen in einer Europäischen Exil-Universität mit einem akademischen Rahmen für Lehrende und Studierende gleichermaßen. Sie würde ermöglichen, jene politischen, ökonomischen und kulturellen Prozesse zu erforschen, die zur Gründung einer solchen Hochschule geführt haben.

Eine neue Europäische Exil-Universität könnte schon 2020 Form annehmen und wäre selbst ein Experiment, denn die Beteiligten müssten interdisziplinär und transkulturell arbeiten. Eine besondere Herausforderung wäre, unterschiedliche regionale, kulturelle und sprachliche Herkunftskontexte der Akademiker im Exil in ein solches Verhältnis zu bringen, dass sie nicht zur Abgrenzung führen – wie etwa in Form einer Fakultät für Turkologie oder einer gesonderten Abteilung für Russische Studien. Vielmehr wäre eine Struktur zu finden, die Disziplinen, Kulturen und Sprachen verschränkt – etwa mit Schwerpunkten wie Staatlichkeit, Wissensgeschichte, Migrationsforschung, Medienwissenschaften und sozialer Ökonomie.

Die Ausrichtung einer Europäischen Exil-Universität wäre bereits Teil des Gründungsprozesses, der von den betroffenen Kollegen und bestehenden Initiativen wie der Academy in Exile und der Off-University maßgeblich gestaltet werden sollte. Den Impuls dazu müsste ein breites Bündnis aus Institutionen, Personen und Parteien liefern, das damit zeigte, dass die deutsche Gesellschaft ihre Verantwortung wahrnimmt für Menschen in Not – und die Wissenschaft nicht ausnimmt. Deutschland verfügt über genügend Mittel, um über den Gründungsprozess hinaus das Funktionieren einer Europäischen Exil-Universität zu sichern. Und es gibt in Deutschland gerade in den Geisteswissenschaften die Erfahrung, dass der erzwungene Gang ins Exil eine Rückkehr in die Heimat nicht ausschließt. //

DR. FELIX ACKERMANN

ist Kulturwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau.



Foto: Jan Zappner